

Richtet Deutschland seine Sicherheitspolitik neu aus?

Autor(en): **Farwick, Dieter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **89 (2014)**

Heft 6

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-716982>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Richtet Deutschland seine Sicherheitspolitik neu aus?

Bis zur Münchner Sicherheitskonferenz 2014 war die deutsche Sicherheits- und Aussenpolitik geprägt von der «Kultur der militärischen Zurückhaltung», die vom früheren Aussenminister Westerwelle propagiert und von der Bundeskanzlerin geduldet wurde.

UNSER DEUTSCHLAND-KORRESPONDENT BRIGADEGENERAL DIETER FARWICK ZUR BERLINER SICHERHEITSPOLITIK

Diese Politik entsprach und entspricht der Einstellung der Mehrheit der Deutschen, die über Jahre zu einer «post-heroischen Zivilmacht» erzogen wurde.

«Krieg» und «Militär» wurden zu «Unwörtern». Zwei Schulen, die erklärt hatten, dass sie keinen Offizier der Bundeswehr auftreten liessen, erhielten 2013 den Aachener Friedenspreis. Soldaten durften straffrei als «Mörder» bezeichnet werden. Die Wehrpflicht konnte de facto abgeschafft werden.

Unter dem Beifall der Mehrheit der Deutschen enthielt sich Deutschland im UNO-Sicherheitsrat bei der Abstimmung zu einer politisch-militärischen Operation gegen Gaddafi der Stimme und verweigerte dem NATO-Bündnis die Teilnahme an der Operation mit militärischen Kräften und Mitteln.

Durch zahlreiche nationale Vorbehalte erschwerte Deutschland die Operationsführung in Afghanistan.

Als Frankreich Anfang 2013 eine militärische Operation in Mali startete, leistete Deutschland lediglich symbolisch Unterstützung. In der Summe verlor Deutschland Ansehen und Einfluss in den Vereinten Nationen, in der NATO und in der EU. Es wurde zum «unsicheren Kantonisten».

Die Sicherheits- und Aussenpolitik spielte in den zehn Wochen der Koalitionsverhandlungen keine Rolle. Das Regierungsprogramm bleibt vage. Die deutsche Bevölkerung war mit dieser Entwicklung mehrheitlich einverstanden.

Paukenschlag in München

Dann kam der Paukenschlag von München. In seltener Eintracht wurde ein Paradigmenwechsel in der deutschen Sicherheits- und Aussenpolitik gefordert von Bundespräsident Joachim Gauck, von Aussenminister Frank-Walter Steinmeier und von der erfahrenen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen.

Von einer «Kultur der militärischen Zurückhaltung» war keine Rede mehr. Sie wurde mit «Wegschauen» und «Wegducken» gleichgesetzt und aus dem Wortschatz dieser Politiker gestrichen.

Einmischen

Jetzt lauten die Parolen: «Hinschauen» und «Einmischen» – auch vermehrt mit deutschen Soldaten. Die «neue» Politik soll durch andere Politikbereiche – wie z.B. durch die Entwicklungshilfe – ergänzt werden. Es wurden auch gleich mögliche Einsätze in Afrika benannt: Mali, Zentralafrikanische Republik, Libyen, Sudan und Somalia.

Die auswärtigen Besucher der Münchner Sicherheitskonferenz trauten ihren Ohren und Augen nicht ob des unerwarteten Paradigmenwechsels. Die meisten Zuhörer spendeten spontanen Beifall.

Alles klar?

Drei Reden machen noch keine «neue» Politik, zumal sich die Kanzlerin noch sehr bedeckt hält. Noch gibt es keine Regierungserklärung. Doch die Anfragen für deutsche – auch militärische – Einsätze liegen bereits auf dem Tisch: Mali und die Zentralafrikanische Republik. Von deutschen geistig-moralischen Ansprüchen und von vitalen deutschen Interessen war bislang nicht die Rede, obwohl beide die entscheidenden Gradmesser für eine deutsche Beteiligung oder Nichtbeteiligung sind.

Der Verfasser ist grundsätzlich auch für militärische Einsätze im Ausland. Allerdings muss die Schwelle vor einem Einsatz sehr hoch gelegt und ein vernünftiges Verfahren eingehalten werden.

Sobald in der UNO oder in Europa die Entscheidungsfindung für einen politisch-militärischen Einsatz beginnt, muss sich Deutschland einbringen.

Die ersten Fragen: Sind unsere geistig-moralischen Ansprüche berücksichtigt und

vitale deutsche Interessen tangiert?

Wenn beide Fragen verneint werden, kann sich Deutschland im VN-Sicherheitsrat oder in dem entsprechenden EU-Gremium der Stimme enthalten oder mit Nein stimmen. Diese deutsche Haltung wird frühzeitig mit den möglichen Partnern kommuniziert.

Falls Deutschland einer Resolution zustimmen kann, ist die Frage nach Art und Umfang der Unterstützung völlig offen.

Diese Frage wird mit den Partnern in einem gemeinsamen Planungsprozess erarbeitet. Erst am Ende dieses Prozesses wird verhandelt, welches Personal und Material von den teilnehmenden Staaten gestellt werden kann. Bei 28 NATO-Mitgliedstaaten oder 28 EU-Mitgliedstaaten und zahlreichen weiteren Partnern ist das keine leichte Aufgabe.

«Familienfreundlich»

Gleichzeitig mit diesem Planungsprozess gilt es, die eigene Bevölkerung «mitzunehmen». Ein Spruch «Deutschland wird am Hindukusch verteidigt» ist zu wenig. Nur wenn die Mehrheit des deutschen Volkes oder des Deutschen Bundestags einen Einsatz bejaht, kann das Parlament der Anfrage der Bundesregierung zustimmen.

Ist die Bundeswehr zu zusätzlichen Einsätzen in der Lage? Im Widerspruch zu dem Wehrbeauftragten, der die Streitkräfte seit Jahren kritisch begleitet und deren Grenzen und Möglichkeiten bestens kennt, kommt die Verteidigungsministerin zu dem Schluss, dass die deutschen Streitkräfte zusätzliche Einsätze verkraften können.

Dabei übersieht sie, dass die Bundeswehr de facto die Wehrpflicht abgeschafft hat. Weitere Einsätze stehen ihren zuvor genannten Zielen – «familienfreundlich» oder «die BW ein attraktiver Arbeitgeber» – diametral gegenüber. «Sterben für Afrika» – ein attraktiver Slogan? 